Zeitschrift: Scharotl / Radgenossenschaft der Landstrasse

Herausgeber: Radgenossenschaft der Landstrasse; Verein Scharotl

Band: 22 (1997)

Heft: 1

Rubrik: Was tut die Radgenossenschaft? : Jahresbericht 1996

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 29.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Was tut die Radgenossenschaft?

Jahresbericht 1996

1. Standplätze

Aargau: Im Kanton Aargau hat sich trotz unseren Bemühungen seit über zehn Jahren nichts geändert. Wir werden immer wieder dahingehend orientiert, dass sich Arbeitsgruppen um die Problematik bemühen. Tatsache ist aber, dass ausser einer kleinen Legalität in Aarau überhaupt nichts besteht. Demzufolge sehen wir nur die Möglichkeit, dort anzuhalten, wo sich Terrain des Kantons befindet, unsere Forderungen zu stellen sowie auch die Medien laufend über das Unvermögen dieses Kantons zu informieren.

Basel-Land

Basel-Stadt: Dieses Jahr hat im Kanton Basel-Land in Liestal eine Gruppe Jenischer für Legalitäten von Stand- und Durchgangsplätzen demonstriert. Es wurde versprochen, dass der Kanton Basel-Land in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt endlich im Frühjahr 1996 Stand- und Durchgangsplätze realisieren werde. Dafür wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Bis heute haben wir jedoch keine konkreten Informationen.

Bern: Seit Jahren wird den Jenischen in der Stadt Bern die Realisierung eines Standplatzes versprochen. Dieses Versprechen wurde bis anhin nicht eingelöst, da die Bemühungen ständig von irgendwelchen Gruppen oder politischen Gremien abgeblockt oder verunmöglicht werden. Wir von der Radgenossenschaft zweifeln immer mehr an den ehrlichen Bemühungen, einen neuen Standplatz in der Stadt Bern zu realisieren.

Freiburg: Der Platz in Châttilon konnte weiterhin ohne grosse Zwischenfälle und zur Zufriedenheit aller weitergeführt werden.

Graubünden: Die Bewohner des Standplatzes Sommerau sind zufrieden und der Betrieb läuft ohne nennenswerte Zwischenfälle. Der zweite Platz in Trimmis konnte nicht realisiert werden und zwar mit der Begründung, dass die Gemeinde Trimmis und die umliegenden Gemeinden sich nicht bereit erklären konnten, 2 - 5 Jenische Kinder in ihren Schulen zu unterrichten. Was das in einem Rechtsstaat bedeutet, sollte eigentlich jedem klar sein: gleiche Pflichten aber nicht gleiche Rechte. Wir werden uns dafür einsetzen, dass im Jahr 1997 nun endlich ein zweiter Standplatz realisiert wird.

Neuenburg: Auf unsere Anfragen bezüglich der Schaffung von Stand- und Durchgangsplätzen für Schweizer Jenische reagiert der Kanton Neuenburg stets mit Absagen und willkürlichen Ausreden. Es wäre ein Anliegen, dass uns May Bittel in der Angelegenheit der welschen Kantone konkrete Berichte zukommen lassen würde und seinen Tätigkeitsbereich auf die Realisation für Stand- und Durchgangsplätze für schweizerische Jenische ausrichten würde.

Jura: Im allgemeinen verläuft die Zusammenarbeit mit dem Kanton Jura zufriedenstellend. Da sich in der Gegend von Saignélegier schon seit Jahrzehnten

Jenische aufhalten, ist die Schaffung eines Ersatzes für den geschlossenen Platz von großer Dringlichkeit. Die Radgenossenschaft wird 1997 den momentanen Zustand mit dem Kanton abklären.

Tessin: Der Platz Monte Ceneri funktioniert unter der Aufsicht von Xaver Kappeler ohne nennenswerte Zwischenfälle. Die Sanierung des Platzes wird trotz Zusagen bis auf weiteres verschoben.

St. Gallen: Betreffend dem Platz an der Rechenstrasse sind uns keine nennenswerten Schwierigkeiten gemeldet worden. Trotz Versprechen des Kantons St. Gallen wurden wir über das Resultat der Besprechungen zur Frage von Stand- und Durchgangsplätzen bis heute nicht orientiert. Um es klar zu sagen: Wir wissen gleich viel und gleich wenig wie vor 10 Jahren. Auch in diesem Kanton müssen unsere Forderungen konkretisiert werden. Die Schweizer Jenischen sind nicht mehr bereit, dieses Unvermögen der Politiker in der Angelegenheit Lebensraum zu akzeptieren.

Waadt: Im Kanton Waadt setzt sich eine Arbeitsgruppe für das Fahrende Volk ein und bemüht sich um die dringend notwendige Schaffung von Stand- und Durchgangsplätzen. Verhandlungen betreffend der Realisation eines Durchgangsplatzes in der Umgebung von Vevey sind im Gange. Der Platz in Payerne funktioniert zur Zufriedenheit aller. In der Umgebung von Lausanne wird über die Schaffung eines Durchgangsplatzes verhandelt. Auch in diesem Kanton sind wir eigentlich eher schlecht informiert, obwohl wir durch May Bittel einen kompetenten Vertreter haben. An dieser Stelle möchten wir nochmals ganz klar aussprechen, dass Korrespondenzen direkt mit der Radgenossenschaft geführt werden müssen und auch Aufträge von der Radgenossenschaft schriftlich an die jeweiligen Vertreter weitergegeben werden. Es ist uns ein weiteres Anliegen, dass bei Sitzungen Protokolle geführt werden, so könnten Leerläufe vermieden werden.

Wallis: Aus dem Kanton Wallis wurden keine nennenswerten Zwischenfälle gemeldet. Die Behörden sind nach wie vor bemüht, je nach Fall Lösungen zu finden.

Zürich: Der Platz Leutschenbach funktioniert zur Zufriedenheit. Auch der Platz in Kloten konnte ohne Zwischenfälle weitergeführt werden. Der Platz in Winterthur wurde um vier Parzellen vergrössert, ohne nennenswerten Druck der Radgenossenschaft. An dieser Stelle spricht die Radgenossenschaft spricht der Stadt Winterthur ihren herzlichen Dank aus.

Zug: Der Platz in Knonau wird, sobald die Arbeiten zum Ausbau der Autobahn aufgenommen werden, geschlossen. Nach unseren Informationen soll die Autobahn in den Jahren 1997 und 1998 realisiert werden. Da der Platz stets grossen Andrang fand, sind wir mit dem Kanton in Verhandlung, um möglichst nach der Schliessung einen Ersatz anbieten zu können.

Solothurn: Der Betrieb des Stand- und Durchgangsplatzes in der Gemeinde Grenchen funktionierte reibungslos. Der Durchgangsplatz in Balsthal funktioniert gut. Mit der Gemeinde Flumenthal muss weiter in Bezug auf die Realisation eines Durchgangsplatzes auf dem EMD-Gelände verhandelt werden. Auch im Kanton Solothurn müssen unsere Forderungen konkretisiert werden. Denn Lebensraum ist schliesslich Recht jedes Schweizer Bürgers!

Luzern: Die Stadt Luzern besteht auf die Einhaltung des Reglements für den Standplatz Ibach, um den Auflagen der Platzordnung Rechnung zu tragen. Von einer Vergrösserung des Platzes muss im Moment abgesehen werden. Wir werden 1997 legale Stand- und Durchgangsplätze auf dem Kantonsgebiet beantragen. Es geht nicht an, dass der Kanton Luzern glaubt, nur weil die Stadt ihre Vorhaben realisiert hat, sei der Kanton der Verantwortung enthoben worden. Solidarität sollte nicht nur ein Wort sein, sie müsste im Alltag zu tragen kommen.

Schwyz: Wir sind nicht länger bereit, auf das das Wohlwollen des Kantons Schwyz zu warten, denn das was dieser Kanton sich gegenüber der Jenischen Bevölkerungsgruppe erlaubt, ist Rassismus und Verweigerung von Lebensraum. Man findet für alles und jedes Platz, nur nicht für die Jenische Bevölkerung, von welcher ein grosser Teil aus der Innerschweiz stammt. Der Kanton Schwyz hat wie alle übrigen Kantone eine Verantwortung gegenüber seinen Mitbürgern, nimmt sie aber seit Jahren nicht wahr, obwohl es seine klare Pflicht wäre. Sollte uns der Kanton Schwyz 1997 wider Erwarten nicht ernst nehmen, werden wir Mittel und Wege finden, den Kanton Schwyz so darzustellen wie er ist: unfähig für seine Mitbürger Lebensraum zu schaffen.

Genf: Mit der Gemeinde Versoix und dem Kanton sind Verhandlungen im Gange, um einen zweiten dringend benötigten Standplatz zu schaffen. May Bittel hat uns Ende Jahr dahingehend orientiert, dass er Verhandlungen mit der Stadt Genf und der Gemeinde Versoix führt, bis anhin aber noch nichts Konkretes erreicht worden ist. Auch hier: Einladungen und Sitzungen müssen in jedem Fall vorgängig gemeldet werden.

Die Radgenossenschaft wird 1997 natürlich auch sämtliche, hier nicht speziell erwähnte Kantone (d.h. TG, AI, AR, SH, UR, NW und OW) betreffend Stand- und Durchgangsplätzen anschreiben und entsprechende Forderungen stellen.

2. Durchgangsplätze

Sämtliche bisher geführten Durchgangsplätze wurden auch dieses Jahr den Fahrenden weiterhin zur Verfügung gestellt. Einige von ihnen funktionieren mustergültig, andere wiederum verursachen mehr Schwierigkeiten. Die Probleme treten durch das Verhalten der Jenischen selbst, oder aber auch der Behörden auf.

Im Bereich der Durchgangsplätze muss nach wie vor sehr viel Aufwand betrieben werden; die Realisation eines Durchgangsplatzes erfordert viel Zeit und Nerven. Deshalb sollte das Schwergewicht vermehrt auf Plätze, die uns aus Sympathie und Verständnis gegenüber der Lebensweise des Fahrenden Volkes zur Verfügung gestellt werden, verlegt werden.

3. Patentwesen

Die Auflagen und Patentgebühren werden in allen 26 Kantonen unterschiedlich gehandhabt. Dies führt für das Fahrende Volk, welches ihre Dienstleistungen in den verschiedenen Kantonen anbietet, zu unhaltbaren Verhältnissen. Den Stellungnahmen der Kantone konnten wir vernehmen, dass es auch ihr Anliegen wäre, endlich eine bundesweite Lösung anzustreben. Die Radgenossenschaft ist in dieser Angelegenheit jedoch noch nicht über Neuigkeiten informiert worden. Selbstverständlich sind wir aber bereit,

mit dem BIGA über neue Schritte zu diskutieren und die Jenischen über Änderungen zu informieren. Neu ist, dass im Kanton Bern das Visieren der Patente Anfang 1997 abgeschafft wird.

4. Schulprobleme

Im Bereich der Schulen hat sich die Radgenossenschaft auch dieses Jahr für die Jenischen eingesetzt und bei Problemen Hand geboten. Viele Jenische Familien gelangen mit ihren Anliegen, welche wir je nach persönlichem Fall zu lösen versuchen, an uns. Die Schulbehörden zeigen sich meistens sehr beweglich und tolerant der speziellen Lebensweise der Fahrenden gegenüber. Das Scheitern Standplatzes in Trimmis kam zustande, da sich weder Trimmis noch die umliegenden Gemeinden bereit erklärten, die Jenischen Kinder in ihren Schulen zu integrieren, was Intoleranz und Rassismus im Alltag wieder einmal mehr bestätigt. Wir werden solche Projekte nicht mehr so blauäugig angehen, wie das in Trimmis der Fall war, sondern uns darstellen wie wir sind und unsere Forderungen ganz konkret stellen und durchsetzen.

5. Rechts- und Sozialhilfe

In der momentan schwierigen wirtschaftlichen Lage werden die Jenischen, welche Ihren Lebensunterhalt hauptsächlich als Scherenschleifer, Altmetallhändler und durch den Hausierhandel bestreiten, mit existenziellen Schwierigkeiten konfrontiert. Nach wie vor wird sehr genau überprüft, wer wirklich auf finanzielle Unterstützung angewiesen ist. Aufgrund von Abklärungen weisen wir Bittsteller an die üblichen caritativen Institutionen weiter. Auch in Bezug auf behördliche Angelegenheiten, wie z.B. Steuern, IV und AHV, sind wir bemüht, Lösungen und Hilfe anzubieten.

Auch im Fall der Rechts- und Sozialhilfe konnte die Radgenossenschaft vielen Betroffenen behilflich sein. Betreffend Vertretung durch einen Juristen müsste dies vorgängig mit der Radgenossenschaft besprochen werden. Es sei jedoch betont, dass jeder Jenische bei Privatproblemen die Anwaltskosten selbst zu übernehmen hat.

Wir werden versuchen, eventuell eine unentgeltliche Rechtsauskunft in Sozial- und Alltagsproblemen zu schaffen. Es sollte sich in diesem Fall jedoch um Belange der gesamten Jenischen Gemeinschaft handeln, nicht um hängige Strafverfahren, welche eine reine Privatangelegenheit sind.



6. Ausländische Fahrende / Fahrende Asylanten

Die in Graubünden, Tessin und im Waadtland geschaffenen Durchgangsplätze für die ausländischen Fahrenden, stehen gemäss unseren Informationen weiterhin für die durchreisenden Fahrenden zur Verfügung. Verschiedentlich sind Anfragen von Roma-Familien, welche um Asyl in der Schweiz ersuchen, bei uns eingegangen. Wir sind bemüht, stets bei solchen Anfragen die Anliegen der Fahrenden direkt beim Bundesamt für Flüchtlinge vorzutragen. Leider ist die Minderheit der Romas in Ex-Jugoslawien noch immer bedroht. Sie sind weiterhin grossen Gefahren ausgesetzt und bedürfen einer menschlichen Asylpolitik, um zu überleben.

Im Jahr 1996 wurden wir mit der Problematik der ausländischen Fahrenden einmal mehr überrollt und schlecht informiert. Wir sind nicht mehr bereit, diesen Zustand länger zu akzeptieren. Wir fordern von Bund, Kantonen und Gemeinden endlich Lösungen in dieser Problematik, die langsam aber sicher zur Existenzfrage der Schweizer Fahrenden wird. Wir sind auch nicht mehr länger bereit, Verantwortung zu übernehmen für Probleme des Bundes und der gesamten Schweizer Politik. Auch in diesem Bereich verlangen wir von Bund, Kantonen und Gemeinden konkrete Diskussionen, Lösungen über weiteres Vorgehen und die Schaffung von legalen Auffangplätzen. An dieser Stelle müssten dringend auch die Arbeitsbewilligungen für ausländische aber auch für die Schweizer Fahrenden neu diskutiert werden. Entsprechende Anträge werden von der Radgenossenschaft Anfang 1997 an die zuständigen Stellen gerichtet.

7. Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit ist und bleibt ein wichtiges und zentrales Anliegen der Radgenossenschaft. Es ist wichtig, die sesshafte Bevölkerung für unsere Anliegen zu sensibilisieren. Vertreter aus dem Fahrenden Volk nehmen an Veranstaltungen und Schulungen teil, um die Kultur der Jenischen der sesshaften Bevölkerung näherzubringen. Mit der Wanderausstellung versuchen wir Vorurteile und Ängste abzubauen.

8. Scharotl

Die Zeitschrift "Scharotl" soll die Fahrenden und die Sesshaften über die spezielle Problematik auf dem laufenden halten und als Information zu den jeweiligen Aktivitäten dienen. Die Gestaltung der Zeitschrift wurde vermehrt vom Sekretariat übernommen. Anregungen und Beiträge unserer Leserschaft werden gerne entgegengenommen und im "Scharotl" publiziert. Es wäre unser Wunsch, wenn Reisende und Sesshafte 1997 vermehrt Beiträge zur Gestaltung des "Scharotl" leisten würden.

9. Stiftung "Zukunft für Schweizer Fahrende"

Die Stiftung "Zukunft für Schweizer Fahrende" ist noch immer nicht zum Tragen gekommen. Unser Antrag, zugunsten eines Anwaltes für die Radgenossenschaft auf die Stiftung zu verzichten, kann von Bundes wegen nicht realisiert werden, was wir akzeptieren. Doch wann kommt diese Stiftung nun endlich zum Tragen? Die Glaubwürdigkeit ist durch all die Verschiebungen langsam aber sicher erschöpft.

10. Wissenschaftliche Studie

Wir wurden über diese Wissenschaftliche Studie informiert, konnten aber kein Veto einlegen. Naschet Jenische mit Vertretung durch Uschi Waser und Sonja Minster haben die Verantwortung als Organisation des Bundes übernommen. Andere Organisationen waren zum Zuhören verurteilt.

11. Sekretariat

Das Sekretariat ist nach wie vor für die selbständige Führung der Korrespondenz und des ganzen Büroapparates verantwortlich. Dazu gehören unter anderem der Telefondienst, die Koordination und Organisation sämtlicher anfallenden Arbeiten und Terminen, wie auch die Protokollführung in D und F bei wichtigen Sitzungen. Konzepte werden auf dem Büro zusammen mit dem Präsidenten und den Verwaltungsratsmitgliedern erarbeitet. Ebenfalls wurden die Verwaltungsratssitzungen und die Generalversammlung auf dem Sekretariat vorbereitet. Frau Yasmin Yqbal hat uns verlassen, um sich ihrem Studium zu widmen, wird aber weiter für den Scharotl zur Verfügung stehen. Ihre Stelle hat am 1. November Frau Nicole Winkler übernommen und wird zusammen mit Frau Brigitte Wälti das Sekretariat führen.

